



An die
Landkreise
in Sachsen-Anhalt



Oberverwaltungsgericht
Az.: 082-5/kö
Tel.: 0391/56531-20
fiebig@landkreistag-st.de

11. März 2016

Rundschreiben Nr. 118/2016

Bericht über die Tätigkeit der Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes Sachsen-Anhalt im Jahr 2015

Kurzfassung:

Der Präsident des Oberverwaltungsgerichtes des Landes Sachsen-Anhalt hat den Jahresbericht für das Geschäftsjahr 2015 veröffentlicht. Der Bericht enthält einen Überblick über die aktuelle Geschäftslage in der Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes Sachsen-Anhalt und eine Zusammenstellung wichtiger Entscheidungen, die im Jahr 2015 getroffen wurden, sowie eine Vorschau auf Verfahren, welche im Jahr 2016 entschieden werden sollen.

Der Präsident des Oberverwaltungsgerichtes des Landes Sachsen-Anhalt hat den Bericht über die Tätigkeit der Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes Sachsen-Anhalt im Jahr 2015 (**Anlage**) veröffentlicht. Im ersten Teil bereitet der Geschäftsbericht die Entwicklung der Fallzahlen der Verwaltungsgerichte im Jahr 2015 statistisch auf.

Bei den Verwaltungsgerichten Halle und Magdeburg ist die Zahl der Eingänge im Jahr 2015 mit 4.602 allgemeinen Verfahren gegenüber dem Vorjahr (4.091 Verfahren) deutlich angestiegen. Verfahren in Asylangelegenheiten bildeten mit 40 % der Eingänge gefolgt vom Recht des öffentlichen Dienstes (16 %) und vom Abgabenrecht (10 %) den inhaltlichen Schwerpunkt der Arbeit der Verwaltungsgerichte.

Die durchschnittlichen Verfahrenslaufzeiten bei den beiden Verwaltungsgerichten betrugen im Jahr 2015 für

- | | |
|-----------------------------|------------------|
| • allgemeine Klageverfahren | 11,8 Monate |
| • allgemeine Eilverfahren | 2,4 Monate |
| • Asyl-Klageverfahren | 9,5 Monate sowie |
| • Asyl-Eilverfahren | 1,0 Monat. |

Albrechtstr. 7
39104 Magdeburg

Tel. (0391) 56 53 1 - 0
Fax (0391) 56 53 1 - 90

verband@landkreistag-st.de
<http://www.komsanet.de>

Stadtsparkasse Magdeburg
IBAN: DE98 8105 3272 0037 0030 87
BIC: NOLADE21MDG

Für das Oberverwaltungsgericht (OVG) sind rückgängige Eingänge bei den allgemeinen Verfahren (851 Neueingänge) zu verzeichnen. Lediglich 4 % der Fälle betrafen das Asylrecht. Schwerpunkte der Entscheidungen des OVG bildeten

- Beschwerdeverfahren 24 %
- das Abgabenrecht 15 % sowie
- das Recht des öffentlichen Dienstes 11%.

Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug im Jahr 2015 für

- erstinstanzliche Hauptverfahren 22,4 Monate
- Berufungen einschließlich Zulassungsverfahren 8,3 Monate
- Berufungen in Asylverfahren 2,9 Monate sowie
- Beschwerden in Eilverfahren 1,4 Monate.

Im zweiten Teil enthält der Bericht eine Zusammenstellung wichtiger Entscheidungen der Verwaltungsgerichte im Jahr 2015. Aus kommunaler Sicht sind dabei insbesondere folgende Entscheidungen hervorzuheben:

- Zuweisung auswärtiger Kinder in eine kommunale Förderschule (Seite 17),
- Gebühren- und Entgeltsatzung für eingesetzte Intensiv-Krankentransportwagen (Seite 19),
- Einordnung der Erzeugung von Strom mit einer Photovoltaikanlage als wirtschaftliche Tätigkeit eines Landkreises (Seite 20),
- Haushaltskonsolidierung und kommunalaufsichtliche Maßnahmen (Seite 30) und
- kommunalaufsichtliche Beanstandung der Vergütung eines angestellten Geschäftsführers eines Abwasserzweckverbandes - nicht rechtskräftig - (Seite 30 f.).

Für das Jahr 2016 werden Entscheidungen zu folgenden Fragen angekündigt:

- Untersagung der privaten Sammlung von Altpapier (Seite 21),
- Verfahren nach dem Informationsfreiheitsgesetz auf Einsichtnahme in Fahrtenbücher (Seite 22),
- Zugang zu Telefonlisten verschiedener Jobcenter (Seite 22),
- Entschädigung wegen Altersdiskriminierung der Beamtenbesoldung nach früherem Recht (Seite 26).



Theel

Anlage
(**nur** digital)